

WAHLKREIS-FORMAT

„Zwei Seiten zur Politik“ für NI / SHG / DH vom SPD-Landtagsabgeordneten Grant Hendrik Tonne

www.ghtonne.de

Ausgabe Nr. 35/ September 2013

aktuell und informativ

Liebe Leserinnen und Leser,

schon während der Regierungserklärung des gerade gewählten Ministerpräsidenten



Stephan Weil hat die Opposition ihre neue Rolle gefunden: Statt Hinzuhören für eine künftige fachliche Auseinandersetzung wurde hemmungslos gepöbel - kein sonderlich qualifiziertes

Bild einer parlamentarischen Opposition.

Zehn Jahre lang haben CDU und FDP elementare Versäumnisse begangen und die Entwicklung des Landes pflichtwidrig schleifen lassen. Ich erwähne nur beispielhaft die Schulentwicklung und die Regionalplanung. Vor dem Hintergrund zu erwartender dramatischer Bevölkerungsrückgänge und absehbarer deutlicher Zuschussenkungen der EU wurden allenfalls Scheinlösungen oder Trippelschritte ergriffen. Um Wahrheiten hat man sich herumgedrückt.

Jetzt versuchen CDU und FDP, wieder inhaltliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Diesmal, indem sie sich in die politische Volltrunkenheit skandalisieren. Dabei ist das Thema längst auf seinen Kern zurückgeführt. Irgendwann wird sich der Kater nicht mehr vermeiden lassen. Nüchternheit kann qualvoll sein. Insbesondere, wenn man feststellt, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen mit Minister Meyer das wichtige Projekt der Agrarwende fortsetzen und insgesamt endlich für verlässliche politische Rahmenbedingungen in Niedersachsen sorgen. Und genau das werden wir tun - und zwar mit erhobenem Haupt.

Niedersachsen braucht seriöse Arbeit!

Ihr Grant Hendrik Tonne, MdL

Impressum:

ViSP: Grant Hendrik Tonne, MdL, Georgstr.28,
31582 Nienburg, Telefon: 05021 - 3866,
E-Mail: ghtonne-wk@t-online.de; www.ghtonne.de
Besuchen Sie mich auch auf facebook und meinVZ

Angelegenheit Paschedag ist für die SPD erledigt - Spätsommertheater beendet !

Der Ältestenrat des Landtages hat sich auf die Tagesordnung für die Sondersitzung des Plenums am Donnerstag, 12. September 2013 geeinigt. Einziger Punkt auf der Tagesordnung: Der Antrag der Opposition zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Angelegenheit des Verstoßes gegen eine Dienstwagenrichtlinie. Vorausgegangen war die Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil am 28. August, den Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Udo Paschedag wegen eines gestörten Vertrauensverhältnisses in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Die Opposition wirft Paschedag u.a. ein zu hohes Gehalt, Klimatisierung der Büroräume und einen zu großen Dienstwagen vor. Während einer mehr als dreistündigen Plenardiskussion wurden alle Fragen der Opposition hierzu von der Regierung beantwortet. Aus Sicht der Vorsitzenden der Regierungsfractionen ist damit größtmögliche Transparenz hergestellt. Übriggeblieben ist ein Verstoß gegen die Dienstwagenrichtlinie, für deren Ausnahmegenehmigung Finanzminister Schneider zuständig gewesen wäre. Das zu beanstandende Leasingfahrzeug ist zurückgegeben. Dem Land ist kein finanzieller Schaden entstanden.

Trotzdem verlangt die Opposition einen Untersuchungsausschuss: Warum?

Es begann schon vor der ersten parlamentarischen Behandlung des Themas. Die Fragestunde zu den Vorwürfen der Opposition habe nicht von Donnerstag auf Mittwoch vorverlegt werden können, weil die Mehrheit der Regierungsfractionen im Ältestenrat dies abgelehnt habe. Einen entsprechende Antrag hat die Opposition aber dort gar nicht gestellt. Und abgelehnt worden wäre er auch nicht. Nur eine Nickeligkeit? Wer noch an Zufall glaubte, wurde spätestens nach der Fragestunde eines besseren belehrt. Die Antworten auf die Fragen wurden nämlich nicht zum Erkenntnisgewinn genutzt, sondern um vermeintliche Widersprüche zu konstruieren und Landwirtschaftsminister Meyer und Ministerpräsident Weil der Lüge zu bezichtigen. Dass in der Folge ein Untersuchungsausschuss beantragt wurde, überrascht nicht mehr. Und dass die Einsetzung für die Opposition nicht ohne Sondersitzung des Landtages abgehen kann, obwohl das Parlament zwei Wochen später auch turnusmäßig zusammentritt, ist dann -aus Sicht der Opposition jedenfalls- auch folgerichtig.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Nicht einmal die Opposition spricht mehr von strafbaren Handlungen wie Untreue oder Urkundenfälschung. Sowohl die Versetzung aus dienstlichen Gründen als auch die Besoldung mit Zulage waren beamtenrechtlich völlig korrekt. Diese Vorwürfe haben sich in Luft aufgelöst. Bis heute kann die Opposition nichts vorbringen, was eine Sondersitzung des Landtages oder einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss rechtfertigt. Die Diskussion um die Dienstwagenangelegenheit eines inzwischen im Ruhestand befindlichen Staatssekretärs hat gezeigt, dass die Angelegenheit erledigt ist.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss und eine Sondersitzung des Landtages sind aber wichtige Instrumente unserer parlamentarischen Demokratie. Wenn die Opposition einen Untersuchungsausschuss und eine Sondersitzung fordert, ist das ihr gutes Recht.

Sie sollten aber gerade deshalb nicht missbraucht werden. Die Opposition jedoch hat jedes Maß verloren! Jüngste Volte ist der Antrag der Opposition, die Telefonverbindungsdaten, d.h. Datum und Uhrzeit, unter anderem des Ministerpräsidenten wegen der Angelegenheit Paschedag einzusehen. Hier werden die demokratischen Rechte des Parlaments zum Spielball der parteipolitischen Interessen von CDU und FDP gemacht. Zumal die Auflistung der Telefonate keinerlei inhaltliche Erkenntnisse erbringen würde. Hier wird überdeutlich, dass es gar nicht um die Sache geht. Die Auswertung von Telefonverbindungsdaten ist in der Strafprozessordnung bei schwerer Kriminalität vorgesehen - zum Beispiel bei Landesverrat, Mord oder Totschlag. Hier soll die Verfehlung eines ehemaligen Staatssekretärs missbraucht werden, um im Wahlkampf eine Landesregierung zu kriminalisieren!

Die Landesregierung und die Regierungsfractionen arbeiten engagiert für die wichtigen Reformprojekte zum Wohle Niedersachsens - und das ist auch gut so. ■



Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion mit Timo Goldmann (Bückeburg)



Eröffnung der IGS Nienburg: Die erste fünfte Klasse wird eingeschult, ein guter Tag für den Landkreis Nienburg



Dr. Teresa Nentwig erläutert als Gast der SPD-Fraktion ihre Forschungen über die NS-Verwicklungen von Hinrich Wilhelm Kopf



Eröffnung der 5. Messe für Lebensfreude und Gesundheit in Sulingen mit Sozialministerin Cornelia Rundt

Alles Pörksen - oder was:

Nds. Regionalpolitik

Regionale Entwicklung und Steuerung hat in Niedersachsen lange Zeit nicht stattgefunden. Zukunftspotentiale des Landes wurden weder identifiziert noch gezielt gefördert. Das geht eine Weile gut. Irgendwann fällt aber auf, dass andere sich weiterentwickeln, während im eigenen Land die Dinge anfangen, zähflüssiger zu wirken.

Die Fördermittel der Europäischen Union werden 2014 um ein Drittel (!) zurückgehen. Schon deshalb kann nichts bleiben, wie es war. Unabhängig davon macht es keinen Sinn, dass verschiedene Ministerien und Stellen sich um EU-Mittel bemühen. Es macht aber jeden Sinn, die Möglichkeiten durch koordiniertes Vorgehen für das Land auszunutzen. Und darüberhinaus gibt es jeden Grund, die Vergabe dieser Mittel mit Zielen der Landesentwicklung zu koppeln. Jeder weiß um die strukturschwachen Gebiete in Niedersachsen. Seit zehn Jahren warten die Menschen auf eine gezielte und gerechte Vergabe von Fördermitteln. Das Geld mit der Gießkanne so zu verteilen, dass die üblichen Fördermittelnehmer sich nicht beschweren, reicht bei weitem nicht mehr aus. Stattdessen hat dieses Verfahren zu einer Verschwendung von Mitteln und zu vergebenen Chancen für die Zukunftsentwicklung Niedersachsens zur Folge gehabt. Europa- und Regionalpolitik erhält jetzt endlich eine angemessene Bedeutung in Niedersachsen. Für diese Aufgabe ist die Position einer Sonderstaatssekretärin geschaffen worden. Und hierfür werden Stellen in der Staatskanzlei geschaffen - allerdings i.w. durch Zuordnung aus anderen Ministerien. Diese Entwicklung kann man

22-ster Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Für die SPD-Fraktion sollen folgende Landtagsabgeordnete in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss entsandt werden: Vorsitzende Andrea Schröder-Ehlers (Lüneburg), Obmann (Sprecher) Grant Hendrik Tonne (Nienburg/Schaumburg/Diepholz), Mitglieder: Renate Geuter (Cloppenburg-Nord), Wiard Siebels (Aurich) und Katrin Rühl (Georgsmarienhütte) Ihr/Euer Grant Hendrik Tonne

konstruktiv, auch kritisch, begleiten. Nur unverfälschte Unwahrheiten über „Aufblähung des Staatsapparates“ oder „Versorgung von Genossen“ zu verbreiten, entspricht zwar hübschen Klischees, wird den Bedürfnissen der Menschen in den vom demografischen Wandel stark betroffenen Regionen aber nicht gerecht. Wie diese Menschen sich auf die Weise in ihren Problemen ernst genommen fühlen sollen, bleibt extrem unklar. Es ist auch bekannt, dass sich komplexe Sachverhalte leichter in personalisierter Form vermitteln lassen. Für dieses Verfahren wird derzeit Regierungssprecherin Anke Pörksen benutzt. Deren Berufung zur Staatssekretärin ist angeblich schneller als üblich erfolgt - mit dem damit verknüpften Vorwurf unnötiger Ausgaben durch die Landesregierung. Fakt ist: Regierungssprecher sind auch in früheren Zeiten Staatssekretäre gewesen. Damit steht ihnen auch das Gehalt eines Staatssekretärs zu (und Anke Pörksen hat es außerdem verdient). Jedenfalls stellen diese Fragen nicht den Mittelpunkt niedersächsischer Probleme dar. Man muss wohl eher die Frage stellen, warum diese Nachricht gerade jetzt ihren Weg fand. Das Kabinett hat den Beschluss nämlich gar nicht wie nahegelegt jetzt gefasst sondern bereits Anfang Juli. ■

Untersuchungsausschüsse in Niedersachsen

Untersuchungsverfahren haben in der parlamentarischen Demokratie eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Durch sie erhalten Parlamente die Möglichkeit, unabhängig und selbständig die Sachverhalte zu prüfen, die sie in Erfüllung ihres Verfassungsauftrages als Vertretung des Volkes für aufklärungsbedürftig halten. Er dient damit der parlamentarischen Kontrolle.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss(PUA) ist ein Ausschuss mit besonderen Rechten und Verfahren. Er kann die Vorlage von Akten verlangen und Zeugen vernehmen. Die Ausschussminderheit hat das Recht, in gleicher Weise wie die Mehrheit an der Untersuchung mitzuwirken, insbesondere Beweisanträge zu stellen. Daher gilt der Untersuchungsausschuss als „scharfes Schwert der Opposition“.

In Niedersachsen wurde 1947 der 1. PUA zur Überprüfung der Verhältnisse im Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband eingerichtet. In den 70er und 80er Jahren wurde beispielsweise die verfassungspolitische und verfassungsrechtliche Bewertung des Vorschaltgesetzes vom 26.10.1971 vorgenommen oder die Sonderabfallbeseitigung untersucht. Der 21. und bisher letzte Ausschuss befasste sich mit den Vorgängen in der Schachanlage ASSE II. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss wegen Missachtung einer Dienstwagenrichtlinie war bisher nicht darunter. Auch eine Sondersitzung zwei Wochen vor einem regulären Sitzungstermin zur Beschlussfassung über einen derartigen Untersuchungsausschuss wurde bisher nicht für erforderlich gehalten. Für die Einrichtung des bisher vorletzten Untersuchungsausschusses zum JadeWeserPort, immerhin einem Milliarden-Projekt, wurde nicht einmal die Befassung in einer regulären Sitzung für erforderlich gehalten. Man verständigte sich auf den Weg der Direktüberweisung. Es scheint so, als müssten CDU und FDP noch gewaltig nachlegen, wenn die Würde des Parlaments gewahrt und der Anschein von Schmierentheater vermieden werden soll. ■